

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

SPD
Hessen-Nord



FOTO: STUDIO ORENDT

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen.**

In etwas mehr als 12 Monaten ist Kommunalwahl in Hessen – in den Ortsvereinen und Unterbezirken sollten jetzt die Weichen für ein erfolgreiches Abschneiden gestellt werden.

Die Schwarz-Gelbe Koalition im Bund ist nach dem schwachen Regierungsanfang mit einem riesigen Streit über Steuer, Hartz IV und die Rente in das neue Jahr gestartet. Zugleich greift sie die bislang beispiellose kommunalfeindliche Politik Roland Kochs auf und entzieht den Kreisen, Städten und Gemeinden durch weitere einseitige Belastungen nun auch noch die letzte finanzielle Basis.

Mehr und mehr wird den Bürgern deutlich, dass Merkel/Westerwelle kein Konzept für die Zukunft unseres Landes haben. Die Menschen wollen mehr als eine koalitionäre Flickentechnik aus Neoliberalismus und Marktgläubigkeit.

Je mehr es uns gelingt, die Reihen an der Spitze wieder geschlossen zu halten, richtet sich die Aufmerksamkeit auf die kopflose Regierungspolitik. So werden wir auch stetig die Voraussetzungen für ein gutes Abschneiden bei den anstehenden Wahlen verbessern. Die Klausuren beim Hessengipfel und in Berlin zeigen den richtigen Weg.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir immer wieder deutlich machen, dass die Sicherung der Sozialsysteme, Bildungschancen für alle, Kündigungsschutz und Tarifverträge nur uns Sozialdemokraten als verlässlichen Fürsprecher haben. Das gilt auch für die Absicherung finanzieller Spielräume der Kommunen. Nur mit uns gilt: da, wo die Bürger Politik direkt und am ehesten wahrnehmen, muss auch Geld zur Gestaltung vorhanden sein.

Auf dieser Grundlage werden wir auch die Menschen in unseren Städten und Gemeinden ansprechen: Geht jetzt auf die Bürger zu, gewinnt sie für eine Mitarbeit in unserer Partei und wo möglich für die Mitarbeit in den Kommunalparlamenten.

Wir wollen die günstigere Situation in einen echten Aufwind verwandeln – und damit auch eine günstige Startposition für die Kommunalwahlen 2011 schaffen. ■

Euer

SPD-NORDHESSENRUNDE ZU BESUCH IM MUZKKKA FRANZ: MUSEUM MIT STRAHLKRAFT



Nicht nur in den Ballungsräumen gibt es hochwertige kulturelle Attraktionen, sondern auch im ländlichen Raum.“ Dies stellten die nordhessischen Landtagsabgeordneten der SPD nach einem Rundgang durch die aktuelle Dali-Ausstellung im Museum für zeitgenössische Kunst, Kultur und Karikatur (MUZKKKA) in Rotenburg fest. „Diese `weichen` Standortfaktoren beeinflussen die Attraktivität und die Lebensqualität einer Region mit“, sagte der örtliche Abgeordnete Dieter Franz. Mit Blick auf die 7000 Menschen, die seit Eröffnung im August das Museum besuchten, erklärte er, dass das MUZKKKA zum Aushängeschild mit Strahlkraft über die Region hinaus geworden sei. Der Sozialdemokrat unterstrich, dass es gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel wichtig sei, wenn eine Stadt oder eine Kommune ein spannendes Kulturangebot schaffe. „Kultur ist für breite Schichten unserer Bevölkerung wesentlich und bereichernd für die persönliche Lebensgestaltung“, sagte er. Die Bewahrung des kulturellen Erbes, die Auseinandersetzung mit den kulturellen Wurzeln festige und präge die individuelle und gemeinschaftliche kulturelle Identität. So trage das MUZKK-

KA zu einem blühenden Kulturleben in Rotenburg bei und ermögliche die aktive Teilnahme der Menschen am kulturellen Leben. Franz würdigte auch die hervorragende Arbeit des Museumsdirektors Professor Walther Keim sowie der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des MUZKKKA. Er sei beeindruckt von den Leistungen, die sich hier in Rotenburg innerhalb kürzester Zeit entwickelt haben.

Als überaus positiv bewertete die Sprecherin der Nordhessenrunde, Brigitte Hofmeyer (Hofgeismar), dass bereits eine Zusammenarbeit zwischen Museum und Schulen bestehe. „Durch die Kooperation beider Institutionen kann eine kreative Lernatmosphäre entstehen, die Kindern und Jugendlichen neue Zugänge zu Bildungsinhalten eröffnet“, betonte sie. So könnten persönliche und soziale Kompetenzen erworben und zu kulturellem Engagement angeleitet werden. „Das Museum ist darüber hinaus ein idealer Ort, um politisch oder gesellschaftlich relevante Themen zu diskutieren sowie Herkunfts- und Identitätsfragen nachzuspüren“, betonte die Sprecherin der Nordhessenrunde, die auch Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags ist. ■ FOTO: S. KANNGIESER

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Heinrich Lemke aus Kassel
zum 95. Geburtstag

Arthur Neidnicht aus Lohfelden
Harry Neidnicht aus Lohfelden
zu 50 Jahren Parteimitgliedschaft ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel
Fon 0561/7001013, Fax 0561/7001088
Bezirk.Hessen-Nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

Redaktion:

Ilona Holstein, Susanne Kanngieser

Gestaltung: Sebastian Keese
Auflage: 26.000 Exemplare



SPD-NORDHESSENRUNDE

BRIGITTE HOFMEYER: KOMMUNEN STÄRKEN!

Brigitte Hofmeyer, Hessens „nördlichste“ SPD-Landtagsabgeordnete, ist kürzlich einstimmig zur Sprecherin der SPD-Nordhessenrunde gewählt worden. Die Nordhessenrunde ist ein Zusammenschluss der nordhessischen SPD-Landtagsabgeordneten, die sich regelmäßig in der Region treffen, um ihre Zusammenarbeit zu vertiefen und nach regionalen und fachpolitischen Gesichtspunkten mit Bürgern, Vereinen, Institutionen oder Unternehmen vor Ort zu diskutieren. „Nur so können wir direkt erfahren, wo der Schuh drückt und welche Alltagsnöte und Anliegen bestehen“, erläuterte Brigitte Hofmeyer während einer Sitzung der Nordhessenrunde in Rotenburg an der Fulda. Die gelernte Verwaltungsangestellte will mit der Nordhessenrunde an einer neuen Aufbruchstimmung arbeiten. Schwerpunkte sind dabei unter anderem die Aufwertung des ländlichen Raums im Hinblick auf den demografischen Faktor, Erneuerbare Energien, Kommunalisierung der Stromnetze, Mitte-Deutschland-Verbindung oder

Rechtsextremismus. Hofmeyer, die seit September 2001 als Abgeordnete im Landkreis Kassel zuständig für die Altkreise Hofgeismar und Wolfhagen sowie die Gemeinden Espenau und Fuldata mit insgesamt 18 Großgemeinden und 95 Orten ist, sieht einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Nordhessenrunde in der Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kommunen. „Dabei nimmt die Frage einer zeitgemäßen und angemessenen Finanzausstattung der Städte, Kreise und Gemeinden großen Raum ein“, erklärt die Nordhessensprecherin. Sie sieht die in der Verfassung garantierte kommunale Selbstverantwortung der Kommunen durch immer weitere Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleichs mehr und mehr gefährdet.

Brigitte Hofmeyer ist außerdem stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und arbeitet in der aktuellen Wahlperiode im Kulturpolitischen Ausschuss sowie Rechts- und Integrationsausschuss mit und gehört zu den stellvertretenden Mitgliedern des Hauptausschusses. ■

FOTO: BÜRO HOFMEYER

NEUMITGLIEDER MIT POWER



Über 30 Genossinnen und Genossen, die Hälfte von ihnen im Juso-Alter, folgten der Einladung des SPD-Bezirks Hessen-Nord zum Neumitgliederfrühstück.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen das gegenseitige Kennenlernen, ein erster Meinungsaustausch über die SPD und ihre Ziele. „Uns ist es wichtig, den neuen Mitgliedern eine erste Orientierung für ihre zukünftige Arbeit in der SPD zu geben, damit es ihnen leichter fällt, bald selbst ‚Partei zu ergreifen‘, so der SPD-Bezirksvorsitzende Manfred Schaub. Das nahmen sich Besagte gleich zu Herzen und schilderten ihre Beweggründe für den Parteieintritt: „Die SPD ist der richtige Ort“, „...die soziale Gerechtigkeit muss wieder verstärkt werden“, „...weil es der SPD nicht so gut geht“, „...nach dem Wahlergebnis braucht die SPD Unterstützung“, ...die

SPD hat sich von den Gewerkschaften abgewendet“.

Manfred Schaub zeigte sich erfreut über das große Engagement der Neuen. Mit soviel Power sei ihm nicht Bange, dass die SPD wieder 30% erreichen werde und Volkspartei bleibe.

Torsten Warnecke MdL, Bildungsbeauftragter des Bezirks erläuterte welche Einflussmöglichkeiten jedes einzelne Mitglied auf die Partei hat. Auch der Landtagsabgeordnete Timon Gremmels beantwortete so manche Frage.

Länger als geplant wurde angeregt diskutiert. Man war sich einig, dass weitere Veranstaltungen folgen sollten. Das konnte Manfred Schaub zusichern. Im ersten Halbjahr 2010 werden Neumitgliederseminare in den Unterbezirken sowie Regionalkonferenzen zur Mitgliederwerbung angeboten. ■

FOTO: E. HEUSINGER V. WALDEGGE

GROSSES THEMA KLIMAWANDEL

EUROPAS SOZIALDEMOKRATEN TAGTEN IN PRAG



FOTO: BÜRO WEILER

Als Delegierte der Region besuchten die Europaabgeordnete Barbara Weiler und Bezirksvorstandsmitglied Iris Ruhwedel

den Parteikongress der europäischen Sozialdemokraten in Prag – hier mit dem neugewählten Parteivorsitzenden Poul Nyrup Rasmussen. ■

ULLRICH MESSMER MDB

BESCHÄFTIGUNGSBRÜCKE DURCH ALTERSTEILZEIT ERHALTEN

Kurzfristig handeln Union und FDP bei der Altersteilzeit. Die Wirtschaftskrise hat den deutschen Arbeitsmarkt bisher nicht mit voller Wucht getroffen. Das liegt auch am Instrument der Kurzarbeit. Dennoch wissen wir, dass ältere Menschen in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Deshalb unser klares Votum für eine geförderte Altersteilzeit, die um fünf Jahre bis 2014 verlängert werden soll, um so eine Brücke über die Krise zu schlagen. Zukunft kann nur ein Modell haben, in dem Unternehmen Anreize gegeben werden, Jüngeren den Einstieg in den Beruf zu erleichtern und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu kündigen.

Das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit nach dem 31. Dezember 2009 ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die Jahrzehnte ordentlich gearbeitet haben und durch ihre Arbeit den Sozialstaat erhalten haben. Wir brauchen auch weiterhin flexible Instrumente, damit die Wirtschaftskrise nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. In der betrieblichen Praxis hat sich die geförderte Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke erwiesen, die alten Menschen einen schrittweisen Ausstieg und jungen Menschen nach der Ausbildung einen Einstieg ins Arbeitsleben ermöglicht. Sie muss auch künftig möglich sein. Dazu hat die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht.

Mit Hilfe der massiven Verbesserungen bei der Kurzarbeit, die von Olaf

Scholz durchgesetzt wurden, konnten laut OECD 400.000 Arbeitsplätze gerettet werden. Zwei Gruppen sind aber trotzdem besonders hart betroffen: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren sind in diesem Jahr überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen brauchen weiterhin die gezielte Unterstützung durch das Altersteilzeitgesetz. Dafür setzen wir uns ein.

Unser Gesetzentwurf sieht vor, dass die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre bis 2014 verlängert wird. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit mindern. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass Unternehmen gleichzeitig Jüngeren den Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Unser damaliger Arbeitsminister Olaf Scholz hatte bereits in der vergangenen Wahlperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet, der noch vor der Bundestagswahl hätte beschlossen werden können. Allerdings war die Union dazu nicht bereit. Während Union und FDP die öffentliche Haushalte mit Milliardensummen für gut verdienende Klientelgruppen belasten, haben sie keine Antwort auf die Probleme von Älteren und Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Fachwissen und Erfahrung gehen verloren und junge Menschen beginnen ihr Berufsleben mit Arbeitslosigkeit. ■

DR. THOMAS SPIES

HESSEN BRAUCHT EIN SOZIALBUDGET

Hessen braucht wieder eine Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient“, sagte Dr. Thomas Spies, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Die SPD fordert deshalb die Wiedereinführung eines Sozialbudgets in Höhe von 30 Millionen Euro für die Schaffung neuer Strukturen einer zeitgemäßen Sozialpolitik.“

Bis heute seien die Schäden, die die Kürzungsorgie der Operation düstere Zukunft 2003/2004 im Sozialbereich angerichtet habe, nicht beseitigt. Gerade angesichts der Wirtschaftskrise wie der wachsenden sozialen Probleme sei ein „Neues Sozialbudget“ dringend erforderlich.

„Sozialausgaben sind keine Lasten, sondern Investitionen in eine gute Zukunft“, so Spies. Mit der Einrichtung eines Sozialbudgets sollen finanziert werden:

- Armutsbekämpfung, insbesondere in sozialen Brennpunkten und im Programm Soziale Stadt
- ein Beschäftigungsprogramm für eingeschränkt arbeitsfähige Menschen
- Gesundheitsförderung und Prävention,

Stärkung der Selbsthilfe, unabhängige Patientenberatung und mehr Kindergesundheit, sowie die Förderung der Gesundheit armer Menschen

- Hilfe für Menschen mit Behinderung
- Verbesserung der Pflege
- Förderung junger Menschen
- Frauen- und Gleichstellungspolitik, insbesondere Schutz vor Gewalt und Hilfen in besonderen Lebenslagen,
- Familienpolitik, dabei insbesondere Familienzentren, frühe präventive Hilfen und eine bessere Erziehungsberatung
- Integration, Migrationsberatung und Integrationsmaßnahmen sowie eine bessere Sprachförderung.

Darüber hinaus fordere die SPD eine bedarfsgerechte Finanzierung des Sozialfonds Mittagessen. Statt für das Schulvorbereitungsjahr sollen die vorgesehenen Mittel für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans umgewidmet werden.

„Hessen braucht wieder eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient. Mit dem Sozialbudget wird der Rahmen festgestellt, in dem dieses passieren kann“, so Spies. ■

EUROPÄISCHES GESETZ GEGEN GEFÄLSCHTE ARZNEIEN WENN MEDIKAMENTE KRANK MACHEN

Von Barbara Weiler MdEP

Sie sollen helfen zu heilen – werden Medikamente gefälscht, gefährden sie jedoch die Gesundheit der europäischen Bürger. Innerhalb von zwei Monaten wurden bei Zollkontrollen 34 Millionen Tabletten-Imitate sichergestellt. Um den stetig wachsenden Importen an falschen Arzneien Einhalt zu gebieten, hat die Europäische Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen. Als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion werde ich das Gesetz für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz bearbeiten.

Waren bisher nur so genannte „Lifestyle-Medikamente“ von Fälschungen betroffen, so sind mittlerweile immer mehr lebensrettende Arzneien berührt, die zudem verstärkt auch in die legale Handelskette gelangen – dabei geht es vor allem um Antibiotika und Schmerzmittel. Oft enthalten sie unechte oder falsch dosierte Wirkstoffe, so dass eine akute Gesundheitsgefährdung besteht.

Gerade Internet-Apotheken sind ein Umschlagplatz für diese Talmi-Arzneien. Wir erwägen, die Online-Geschäfte mit diesen Präparaten in die Kontrolle einzubeziehen. Das Problem im Kampf gegen die Fälschungen: Legale Medikamentenlieferungen gehen in der EU oft über Akteure in mehreren Mitgliedstaaten. Deshalb braucht es eine EU-weit einheitliche Regelung.

Dafür müssen klare Regeln geschaffen werden. Sicherheitsmerkmale auf besonders risikoträchtigen Medikamenten können gewährleisten, dass die Arznei auch über Ländergrenzen hinweg zu jedem Akteur zurückzufolgen ist. So sind Fälschungen leichter identifizierbar. Zudem ist es wichtig, dass pharmazeutische Wirkstoffe hohen Qualitätsstandards genügen und nicht gefälscht sind. An den EU-Außen Grenzen müssen stärkere Kontrollen greifen, um die Einfuhr nachgemachter Medikamente zu erschweren.

Im Mai dieses Jahres wird das Europäische Parlament über die neue Richtlinie entscheiden – und damit über mehr Sicherheit für die Bürger in Europa. ■

TIMON GREMMELS MDL

SCHWARZ-GELB GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE IN DER SOLARREGION

Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag ist es angekündigt, nun sind erste konkrete Zahlen im Gespräch. Parallel zur Aufkündigung des Atomausstiegs soll auch die Einspeisevergütung für Solarstrom drastisch gekürzt werden. Bundesumweltminister Röttgen (CDU) gefährdet damit Tausende von Arbeitsplätzen in der Solarregion Nordhessen und den Technologievorsprung Deutschlands in einem Zukunftsmarkt.

Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) ist eine rot-grüne Erfolgsgeschichte. Mittlerweile von vielen Staaten kopiert, hat dieses Gesetz insbesondere Windkraft und Photovoltaik aus einer Nische herausgeholt. SPD und Grüne haben gezeigt, wie Politik die Rahmenbedingungen für viele Tausend neue Jobs schaffen kann. In der Branche sind bis heute deutschlandweit über 280.000 Menschen beschäftigt. In unserer Region werden bis 2020 allein 20.000 Menschen in diesem Zukunftsmarkt arbeiten.

Wie jede neue Technik brauchte auch die Photovoltaik eine finanzielle Förderung. Wer sich für eine Photovoltaik-Anlage auf seinem Hausdach

entscheidet, dem garantiert das EEG, dass sein Energieversorger den produzierten Strom für einen festen und auf zwanzig Jahre garantierten Betrag abnimmt. Der eigentliche Clou des EEG ist aber die Degression. Ziel ist es, keine dauerhafte Förderung festzuschreiben. Daher sinkt die Einspeisevergütung für neue Anlagen von Jahr zu Jahr, zuletzt Anfang des Jahres von 43 auf 39 Cent (9%). Das Kalkül ging auf. Die Fertigung von Modulen und Wechselrichtern wurde immer günstiger. Im letzten Jahr sind die Fertigungskosten überproportional gesunken, so dass der Bundesverband Solarwirtschaft der Politik angeboten hat, im Sommer dieses Jahres die Einspeisevergütung um weitere 5 % zu senken. Offensichtlich reicht das schwarz-gelb noch nicht. Röttgen will eine weitere Kürzung um 15 % noch im April. Und das kurz vor dem endgültigen Durchbruch der Photovoltaik. In drei Jahren kann Netzparität erreicht werden. Dann kostet der mit der eigenen Hausdachanlage produzierte Strom genau so viel wie der vom Energieversorger. Bis dieses Ziel erreicht ist, brauchen wir noch eine angemessene Einspeisevergütung. ■

BLOCKSEMINAR DER NORDHESSISCHEN JUSOS

„EIN GUTER ANFANG“



Im Blockseminar der nordhessischen Jusos mit über 40 Teilnehmern ging es um die Einführung für Neumitglieder: über die Willensbildung und Geschichte von SPD und Jusos verbunden mit politischen Themen. Referenten waren Desiree Schwetz, die Mitgliederbeauftragte des SPD-Bezirksvorstandes, und der Juso-Bezirksvorsitzende Pascal Barthel.

Die zweite Arbeitsgruppe stellte ein Angebot für erfahrene Jusos dar und beschäftigte sich mit den Themen Umwelt und Wirtschaft. Am Beispiel des Umgangs mit den Abwässern aus der Kaliproduktion und des von der CDU/FDP-Bundesregierung geplanten Ausstiegs aus dem Atomausstieg wurden Konflikte zwischen den Interessen

der Wirtschaft und denen der Umwelt verdeutlicht. Die SPD-Landtagsabgeordnete Torsten Warnecke und Timon Gremmels machten auf die Gefahren für den Ausbau der regenerativen Energien durch den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg aufmerksam.

Der IT- und Internetexperte Sebastian Böttger, selbst Jungsozialist, sprach über Sicherheit und Freiheit im Internet. In einer spannenden Diskussion ging es um Probleme des Datenschutzes im Netz und die erhebliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung der Bürger durch einen immer mehr zunehmenden Drang von Behörden, Arbeitgebern und Wirtschaft nach mehr Informationen über die Menschen. ■ FOTO: D. BÜRGER

BERNHARD SCHMITT UND DETLEF KEUL

LANGJÄHRIGE MITARBEITER VERABSCHIEDET



Zum Jahresende haben zwei langjährige Mitarbeiter den SPD-Bezirk Hessen-Nord verlassen.

Bernhard Schmitt und Detlef Keul wurden auf einer Betriebsversammlung vom Bezirksvorsitzenden Manfred Schaub und den Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand verabschiedet. Beide waren mehr als zwanzig Jahre für die nordhessische SPD tätig, Bernhard Schmitt seit Juli 1987 als Geschäftsführer im Unterbezirk Fulda, Detlef Keul seit August 1988 in der Hausdruckerei im Wilhelm-Pfannkuch-Haus. In dieser Zeit haben beide an fünf Kommunalwahlkämpfen, sechs Landtagswahlkämpfen und sieben Bundestags-

wahlkämpfen mitgewirkt. Sie haben über 20 Bezirksparteitage und über 20 Unterbezirksparteitage mit vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet. Bezirksvorsitzender Manfred Schaub verwies darauf, dass sie es im Gegensatz zu den häufig wechselnden Vorsitzenden der Bundespartei in dieser Zeit mit Dr. Herbert Günther, Dr. Udo Schlitzberger und Manfred Schaub selbst mit „nur“ drei Bezirksvorsitzenden zu tun hatten. Ein Zeichen für die Beständigkeit in der politischen Führung wie bei den Beschäftigten. Manfred Schaub dankte beiden für ihr Engagement in ihrer Arbeit und für ihren Einsatz für die Ziele der Sozialdemokratie. ■ FOTO: S. KEESE

WISSENSCHAFTSFORUM

WELCHE ZUKUNFT HABEN DIE VOLKSPARTEIEN?

Von Michael Reschke

Ende 2009 lud das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie Kassel in den Offenen Kanal Kassel ein, um über die Zukunft der Volksparteien zu diskutieren. Nicht zuletzt die Bundestagswahl 2009, bei der Union und SPD gemeinsam nur noch 56,8% der Zweitstimmen erhielten, befeuerte die Diskussion um einen Wandel des deutschen Parteiensystems. Die gesellschaftliche Integrations- und Mobilisierungskraft der beiden Parteien nimmt augenscheinlich ab.

Um der Krise aber auch möglichen Wegen aus selbiger nachzugehen, organisierte das Wissenschaftsforum einen Dialog zwischen Wissenschaft und politischer Praxis. Für den Part der Wissenschaft konnte Prof. em. Dr. Michael Vester gewonnen werden, der lange Jahre an der Universität Hannover zum Themenfeld sozialer Wandel forschte und publizierte. Dieser vollzog in seinem Eingangsreferat den sozialstrukturellen Wandel nach und skizzierte gegenwärtige Wählergruppen. Dabei

konnte er für die SPD ein nach wie vor hohes Potential an traditionellen und modernen Arbeitnehmersmilieus identifizieren, welche für eine soziale Demokratie zu gewinnen sind. Er plädierte dementsprechend für ein Ende der populären Erosionsdebatte. Hingegen machte er deutlich, dass die aktuelle Schwäche der Volksparteien weniger in einem Verlust der gesellschaftlichen Fundamente begründet ist, als im Scheitern der Parteien die ihnen nahe stehenden Interessen glaubwürdig zu artikulieren und repräsentieren. Diese Argumentation unterstützend, verwies der Landtagsabgeordnete Timon Gremmels auf die hessischen Erfahrungen aus der Landtagswahl 2008. Bei dieser hätte die SPD mit 36,7% bewiesen, dass auch in Zeiten eines Fünf-Parteien-Systems hohe Wahlergebnisse und eine gelungene Mobilisierung von Stamm- und Wechselwählern möglich sind. Die Botschaft des Abends machte Mut: die Volksparteien haben es selbst in der Hand. Auf die richtigen Antworten auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Interessenkonflikte kommt es an. ■